

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Jahresrundschau

[urn:nbn:de:bsz:31-337713](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-337713)

Jahresrundschau

Wir leben in bösen Zeiten, in Zeiten, von denen wir aus tiefstem Herzen sagen können: sie gefallen uns nicht. Unsere politische Lage ist trostloser denn je, die wirtschaftliche nicht minder. Die Not wächst höher und höher. Immer weitere Kreise werden von ihr in das traurigste Elend gestürzt. Das Schlachtfeld des Friedens von Versailles bietet ein Bild des Grauens. Politische Zerrissenheit, wirtschaftliche Verwüstung, moralischer Sumpf und geistige Leere sind die Kennzeichen unserer Zeit. Zu allem Elend hin hat der weltliche Erbfeind mit seinen Kriegshorden die blühendsten deutschen Provinzen überschwemmt und steigert dadurch die Not ins Unerträglich. So stellt sich die Lage Deutschlands um die Sommerenden des Jahres 1923 dar.

Wie kam das alles? Vor einem Jahre schon war unsere Lage überaus trostlos. Der Dollar stand damals auf etwa 300, ein Jahr später aber auf 150 000. Deutlicher können Zahlen wirklich nicht sprechen. Nach dem Rathenaumord am Johannistag des Jahres 1922 ging es mit dem deutschen Volk schneller bergab als je seit Beendigung des Krieges. Der Dollar stieg immer höher, das Elend wurde immer größer. Der unselige Mord mit seinen unheilvollen Folgen verfezte unserem Wirtschaftsleben Schlag auf Schlag. An Reparationszahlungen war nicht mehr zu denken. Die Reichsregierung sah sich denn auch genötigt, der Reparationskommission mitzuteilen, daß sie nicht mehr in der Lage sei, für die Ausgleichs- und Reparationszahlungen die erforderlichen Summen aufzubringen. In Frankreich verbreitete diese Mitteilung helles Entsetzen und ließ die alten Rufe nach scharfen Strafmaßnahmen gegenüber dem deutschen Bankrotteur wieder wach werden. Poincaré ließ sich so etwas natürlich nicht zweimal sagen und griff zu den erbärmlichsten Verfolgungsmaßnahmen gegenüber den Deutschen in Elsaß-Lothringen. Die übrigen Alliierten sahen wohl, daß man nach französischem Rezept in der Angelegenheit nicht weiterkomme und veranlaßten darum auch eine Konferenz, die über das deutsche Gesuch um Zahlungsaufschieb (Moratorium) beraten sollte und diesmal in London tagte. Wie auf den meisten Konferenzen, kam auch hier wegen der Poincaré'schen Dickköpfigkeit nichts zustande. Der starke Mann verlangte Garantien von Deutschland, produktive Pfänder, wie er sie nannte, die er ausbeuten wollte. Eine Zollgrenze sollte östlich des Ruhrgebietes gezogen werden u. a. m. Lloyd George hielt es für besser, nicht so weit zu gehen und begnügte sich in seinen Gegenvorschlägen mit einer Überwachung der Pfandobjekte. Da sich die Herrschaften nicht einigen konnten, blieb nichts anderes übrig, als das deutsche Moratoriumsgesuch an die Reparationskommission, an die es gerichtet war, zurückzuverweisen, die nun ihrerseits mit der Reichsregierung in Berlin in Verbindung trat. Auch diese Verhandlungen verliefen ergebnislos, da unsere Regierung der Auslieferung der fiskalischen Wälder und Bergwerke ein entschiedenes Nein entgegensetzte. „Erst Brot, dann Reparationen“, sprach Dr. Wirth. Da wir andererseits Reparationszahlungen zu leisten nicht imstande waren, erklärte sich die Reparationskommission damit einverstanden, daß die für das

Jahr 1922 noch ausstehenden Zahlungen durch Wechsel mit 6monatiger Lauffrist beglichen würden, was später auch geschah.

Trotz der Deutschland gewährten Atempause von einigen Monaten, von der man zunächst einen günstigen Einfluß zu erwarten geneigt war, wurden die Verhältnisse im Innern des Reiches nicht besser. Eine Feuerungswelle folgte der andern. Der Nahrungsspielraum der werktätigen Schichten der Bevölkerung wurde immer kleiner und die Kleinrentner sahen ihren letzten Spargroschen zu einem winzigen Bruchteil entwertet. In Frankreich aber tobte man über die deutsche Regierung, der man vorwarf, daß sie den Bankrott des Reiches mit Absicht herbeizuführen suche, um sich dadurch ihrer Zahlungsverpflichtungen zu entledigen. Zugleich mehlten sich auch die Stimmen in Frankreich, die einen entschlossenen Vorstoß über den Rhein erstrebten. Andererseits entwickelte sich die Lage im Orient nicht sehr günstig, sodaß man bei England eine außenpolitische Neuorientierung befürchtete, die sein Interesse für die Reparationen hätte zurücktreten lassen können. Unerdessen wurden die Zustände in Deutschland immer unhaltbarer. Raslos und hilflos stand man da und ließ Deutschland immer weiter sinken. Die Regierung selbst konnte nicht viel machen, solange der Druck von außen nicht von uns genommen war.

Da kamen die Siebenmalgescheiten von Paris und Umgebung auf die Idee, selbst einmal eine Reise nach Berlin zu machen, um dort nach dem Rechten zu sehen. Die Währung wollten sie stützen, den Reichshaushalt in Ordnung bringen. England und Belgien sahen ein, daß diese beiden Dinge erst erreicht sein müßten, bevor man von Deutschland weitere Zahlungen verlangen konnte. Frankreich widersetzte sich dem, wie zu erwarten war, natürlich auf das entschiedenste. Während dieser Verhandlungen hielt sich in Berlin auch eine internationale Sachverständigenkommission auf, die unsere Lage studieren und ihrerseits Vorschläge für eine Stabilisierung der Mark machen sollte. Unterdessen fiel die Mark immer weiter, der Dollar hatte 9000 überschritten. Die Untersuchungen der beiden Kommissionen kamen schließlich zu dem Ergebnis, daß zur Balancierung des Reichshaushalts eine Stützung der Mark erforderlich sei, zu deren Herbeiführung jedoch die deutschen Kräfte nicht ausreichten. In einer Note an die Reparationskommission erklärte sich nun die Reichsregierung bereit, sich mit einem Betrag von 500 Millionen Goldmark an der Stützungsaktion zu beteiligen, wenn es gelingt, ausländische Bankkredite in gleicher Höhe und für den gleichen Zweck zu erhalten. Ferner wurde in der Note darauf hingewiesen, daß ein mehrjähriges Moratorium und die Befreiung von allen Darleistungen auf das Reparationskonto für eine erfolgreiche Stützungsaktion notwendig seien. Die Sachlieferungen sollten fortgesetzt werden.

Um dieses Programm des inneren Aufbaus durchzuführen zu können, hielt es Reichsanzler Dr. Wirth für notwendig, alle wirtschaftlichen und politischen Kräfte zusammenzufassen, soweit sie zur Mitarbeit bereit waren. Die sachliche Einigung gelang er-

freulicherweise. Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten stellten sich auf den Boden des Wirth'schen Programms. Doch zu einem geschlossenen politischen Zusammenarbeiten, wie es Dr. Wirth für erforderlich erachtete, glaubte sich die Sozialdemokratie, die sich eben erst mit den Unabhängigen wieder vereinigt hatte, nicht ergeben zu können. Die Deutsche Volkspartei aber lebte es ab, lediglich ihr nabestehende Persönlichkeiten in das Kabinett zu entsenden, war jedoch nicht abgeneigt, in aller Form als vollberechtigtes Mitglied in die Koalition einzutreten. Da indessen die Sozialdemokraten darauf nicht eingingen, war für Dr. Wirth keines Weibens mehr. Sein Rücktritt, der Mitte November erfolgte, war unvermeidlich geworden.

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Wirth wurde vom Reichspräsidenten der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Dr. Cuno - Hamburg, mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Dessen Bestreben ging dahin, ein „Kabinett der Arbeit“ zu bilden, das sich, ohne ein ausgesprochenes Koalitionskabinett zu sein, auf alle Parteien stützen sollte, die aufbauende Arbeit leisten wollen. Dr. Cuno mußte bald zu seinem Arger merken, daß dies gar nicht so einfach war, denn mit dem Rücktritt des alten Kabinetts waren nicht auch schon die alten Schwierigkeiten behoben. Da, es machten sich sogar eine Reihe von Widerständen geltend, die es Dr. Cuno geraten erscheinen ließen, seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückzugeben, wobei er sich heftig darüber beschwerte, daß die bisherigen Regierungsparteien ihm eine Reihe von Forderungen bezüglich der Zusammensetzung des neuen Kabinetts zu machen versuchten, worauf er sich keinesfalls einlassen könne. Erst auf die dringende Bitte des Reichspräsidenten, seine Bemühungen zur Bildung des Kabinetts fortzusetzen, gelang es Dr. Cuno, die gewünschten Männer um sich zu scharen. Das neue Kabinett setzte sich wie folgt zusammen: Reichskanzler Dr. Cuno, Reichsjustizminister Dr. Heinke, Reichswirtschaftsminister Dr. Beder-Hessen, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsernährungsminister Dr. Müller-Bonn, Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Reichschatzminister Dr. Albert, Reichswehrminister Dr. Fehler, Reichsverkehrsminister Gröner, Reichspostminister Stingl, Reichsaußenminister von Rosenberg, Reichsinnenminister Oser. Das Kabinett enthielt also keine Sozialdemokraten, dagegen war der volksparteiliche Einschlag sehr erheblich. Die neue Regierung stellte sich, wie der Reichskanzler in einer Erklärung vor dem Reichstag darlegte, vollständig auf den Boden des Wirth'schen Programms, was von allen Parteien gebilligt wurde. Zu einem Zwischenfall kam es bei der Vorstellung insofern, als der neue Reichsernährungsminister, Dr. Müller-Bonn, seines Zeichens Direktor der Landwirtschaftskammer, alsbald den schärfsten persönlichen Angriffen ausgesetzt war wegen seiner angeblichen Beteiligung an separativistischen Bestrebungen im Rheinland. Es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als nach zweitägiger Ministerberücklichkeit wieder abzutreten. Sein Nachfolger im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde der Oberbürgermeister Dr. Luther von Essen.

Die Erklärung der Reichsregierung, „daß sie ohne eine Einschränkung auf den Boden der Note vom 13. November tritt und fest entschlossen ist, das in ihr enthaltene Programm in vollem Umfange zu ver-

treten und zur Durchführung zu bringen“, brachte die Reparationsfrage wieder ins Rollen und nötigte die Reparationskommission, die bis zur Bildung der neuen Regierung mit dem Studium der Note gewartet hatte, nunmehr zu dieser Stellung zu nehmen. Das geschah zunächst in einer Vorbesprechung der alliierten Ministerpräsidenten in London, zu der Frankreich folgenden Plan mitbrachte. Es beantragt sich mit der Hälfte des auf dem Papier stehenden Reparationsbetrages und stimmt einem fünfjährigen Moratorium für die Barzahlungen bei, verlangt aber eine große Anleihe, die zwischen Deutschland und Frankreich zu teilen gewesen wäre. Der deutsche Anteil hätte für die Stabilisierung der Mark und die Entwicklung des deutschen Außenhandels verwendet werden, der französische Anteil der Bezahlung der Reparationen dienen sollen. Ferner verlangte es, daß die Frist für die Besetzung der Rheinlande um die Dauer des Moratoriums verlängert wird, eine strenge Finanzkontrolle über Deutschland und natürlich auch das Sanktionsrecht. Außerdem forderte es die Annullierung seiner Kriegsschulden und erklärte sich dafür bereit, auf seine Guthaben gegenüber den Ländern der kleinen Entente zu verzichten. Neben den Franzosen erschienen aber auch der Engländer und der Italiener mit eigenen Plänen auf der Konferenz und auch der deutsche Reichskanzler hatte nicht versäumt, vor Beginn der Besprechungen einen Brief an den englischen Ministerpräsidenten zu schicken, in welchem eine Reihe von Vorschlägen für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage enthalten war, die indessen aber bald als unbefriedigend verworfen wurden. Es kam überhaupt zu keiner Einigung, sondern man vertagte die Unterredung auf den Beginn des neuen Jahres, wo sie dann in Paris fortgesetzt werden sollte. Unterdessen reiste Poincaré in Frankreich herum und hielt Sonntag für Sonntag die übelsten Reden, wofür ihm die Einweihungen von Kriegerdenkmälern als die besten Gelegenheiten erschienen. Die Pariser Konferenz brachte wegen der französischen Unnachgiebigkeit gleichfalls keine Lösung und ging nach einigen Tagen wieder auseinander, ohne überhaupt den anwesenden deutschen Vertreter über die abgeänderten deutschen Vorschläge gehört zu haben.

Einen Grund für seinen Einbruch in das Ruhrgebiet, bei dem ihm Belgien willig Helfersdienste leistete, hatte der Franzose bald. Die Reparationskommission stellte einfach fest, daß Deutschland im Jahre 1922 mit seinen Holz- und Kohlenlieferungen im Rückstand geblieben sei, und Poincaré leitete daraus das Recht her, mit seinen Truppen in das Ruhrgebiet einzumarschieren, um so seine Hand auf die deutschen Kohlenkäufe zu legen und größere Reparationslieferungen zu erzwingen. Unter der Maste einer „friedlichen Ingenieurreise“ traten am frühen Morgen des 11. Januar 1923 von Duisburg und Düsseldorf aus französische Heeresmassen ihren „siegreichen“ Vormarsch nach dem Herzen des Ruhrgebiets, nach Essen, an. Kavallerie, Artillerie, Infanterie, Pioniere und wie die Waffengattungen alle heißen, wälzten sich in Begeleitung von Tanks und Flugzeugen in unübersehbar langen Kolonnen zu Pferde, auf Fahrrädern, Automobilen und Wagen von Ort zu Ort, bis sie gegen 11 Uhr das eigentliche Stadtgebiet von Essen erreicht hatten. Der Oberbürgermeister von Essen legte alsbald energig Protest gegen die Besetzung ein, was indessen an den Tatsachen nichts zu ändern vermochte. Von

Essen
Seiten
Den
der V
die E
Art.
teten
Straß
die G
Vern
vertrie
lager
behö
biete
Eisen
Verfe
Kohle
Geld
nal, u
zu br
abzu
Gefin
Man
bahn
Lokal
deuts
führte
selt
mitu
verja
unbes
völk
Die
und
werd
die h
soweit
burg.
Wie
ausfa
daß
heiter
Di
beset
unter
bruch
Waf
Belg
97 00
Belg
franz
word
büßt
Lebe
Soj
Sun
lern
nabn
zöf
veru
9
Wels
„Ere
hera
tere
prod
gesch
segu

Essen aus wurde der Besetzungsring nach allen Seiten weiter ausgedehnt.

Den passiven Widerstand, der ursprünglich aus der Bevölkerung heraus emporwuchs, beantworteten die Franzosen mit einem Terror barbarischster Art. Kriegsgesichte taten sich auf und verbreiteten mit ihren Urteilen Angst und Schrecken, auf der Straße war kein Mensch mehr seines Lebens sicher, die Eisenbahn wurde stillgelegt, die Beamten aller Verwaltungen unter den rohesten Mißhandlungen vertrieben, Banken und Kassen ausgeraubt, Warenlager geplündert usw. Dann gingen die Besatzungsbehörden daran, die Eisenbahnen der besetzten Gebiete in eigene Verwaltung zu nehmen, sie zogen Eisenbahnbeamte aus ihren Ländern heraus, um den Verkehr aufrecht zu erhalten, Bergarbeiter, um die Kohlen- und Kalksteine abzubauen, Zollbeamte, um Geld für ihre Tasche einzutreiben, Transportpersonal, um die lahmgelegte Schifffahrt wieder in Gang zu bringen, Forstpersonal, um die deutschen Wälder abzuholzen, wobei ihnen in manchen Fällen deutsches Gesindel zum Teil willig Handlangerdienste leistete. Man verhängte Verkehrsperren, legte die Straßenbahn still, verfügte die Schließung der öffentlichen Lokale, verbot die deutschen Zeitungen, verwehrete den deutschen Ministern die Einreise ins besetzte Gebiet, führte einen französischen Paßzwang ein, setzte Geiseln fest und zwang sie, auf den französischen Zügen mitzufahren und sperrte sogar, als alle Mittel zu verlagen schienen, das ganze besetzte Gebiet vom unbefetzten Deutschland ab, um die unbeugsame Bevölkerung auf die Knie zu zwingen. E half nichts. Die Bevölkerung hielt stand in ihrem Abwehrwillen und ließ alle französischen Machtgelüste zuschanden werden. Unter allen diesen Drangsalierungen hatte auch die babilische Regierung in erheblichem Maße zu leiden, soweit sie in den besetzten Gebieten um Offen- burg, bei Karlsruhe und Mannheim lebhaft ist. Wie die „friedliche Ingenieurreise“ in Wirklichkeit aussah, haben wir alle noch in so gutem Gedächtnis, daß es sich erübrigt, an dieser Stelle auf alle Einzelheiten einzugehen.

Die Bilanz der ersten 6 Monate der Ruhrbesetzung spricht für sich. Nach den Angaben von unterrichteter Seite lag Ende Juni 1923 in den Einbruchgebieten ein Heer von 87 000 Mann aller Waffengattungen, davon 80 000 Franzosen und 7 000 Belgier. Außerdem standen im allbesetzten Gebiet 97 000 Mann, davon 70 000 Franzosen und 17 000 Belgier. Ferner sind in das Ruhrgebiet 10 000 französische und 1 000 belgische Eisenbahner entsandt worden. Durch den Terror der Besatzungstruppen büßten in den ersten 6 Monaten 92 Personen das Leben ein, 75 714 Personen wurden von Haus und Hof vertrieben, davon über 70 000 ausgewiesen. Hunderte von Schulen mit Zehntausenden von Schülern wurden von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt, abermals Tausende von Personen von französischen und belgischen Kriegsgesichten widerrechtlich verurteilt und mit geradezu wahn sinnigen Freiheits- und Geldstrafen belegt. Besonders erwähnt seien die 9 Todesurteile, worüber sich die ganze kultivierte Welt entsetzte. Aber 200 Milliarden Mark haben die „Eroberer“ mit Waffengewalt aus deutschen Banken herausgeholt und für ihre Zwecke verwendet, für weitere Hunderte von Milliarden wurden Industrieprodukte und andere Sachwerte von ihnen fortgeschafft. Trotzdem stand das Ergebnis der Besetzung vom ersten Tage an in einem trassen Miß-

verhältnis zu den Kosten des Unternehmens, insbesondere des militärischen Aufwandes. So wurden beispielsweise vom 11. Januar bis zum 30. Juni für Frankreich und Belgien insgesamt 478 000 Tonnen Kohle und 515 200 Tonnen Koks aus dem Ruhrgebiet abgefahren, d. h. knapp das Doppelte von dem, was Deutschland vor der Ruhrbesetzung in den ersten 10 Tagen des Monats Januar freiwillig geliefert hat.

Die Engländer waren schlecht beraten, als sie den Franzosen nach dem Scheitern der Pariser Besprechungen freie Hand ließen. Sie machten sich dadurch zu Mitschuldigen an dem frevelhaften Bruch des Versailler Vertrags. Man beobachtete zwar sowohl in England als auch in Amerika und Italien keine französischen Abenteuer mit wachsender Beforgnis, unerhörte Staatsmänner bezeichneten den französischen Vormarsch als einen Akt unbarmherzigen Militarismus, doch die Regierungen dieser Länder vermochten sich nicht einmal zu einem formellen Protest aufzuschwingen. Nur der Vatikan und Rußland hatten es gewagt, offiziell gegen das übermühtige Frankreich aufzutreten. Frankreichs unstillbare Raubgier vermochte diese Kundgebungen jedoch nicht zu dämpfen. Die übrige Welt aber war durch die Ereignisse der letzten neun Jahre zu abgestumpft, als daß sie sich zu mehr als einem nichts sagenden Bedauern aufzuraffen vermocht hätte. Dem sollte erst anders werden, als infolge des ungeheuerlichen französischen Vernichtungswerkes im Sommer 1923 die Welt ins Wanken geriet und der große Zusammenbruch mit allen seinen Schrecken über Mitteleuropa hereinzubrechen drohte. Da erhob der Papst, der unterdessen durch einen besonderen Delegaten ständig die Vorgänge im Ruhrgebiet beobachtete, zum zweitenmal seine warnende Stimme und mahnte zur Verständigung. Auch in England wuchs die Erbitterung gegen Frankreich, als man sah, daß die Franzosen auf das ehrliche deutsche Garantieangebot mit neuen Brutalitäten gegen die deutsche Bevölkerung antworteten und keinen Zweifel mehr daran aufkommen ließen, daß sie den Konflikt nur mit Gewalt zu beendigen gedächten. Da entschloß sich denn England endlich, die Reparationsfrage wieder in die Hand zu nehmen, um einen Weg zu finden, auf dem eine Beilegung des Ruhrkonfliktes für alle Beteiligten möglich wäre.

Unsere wirtschaftliche Lage, die, weiß Gott, im letzten Jahre schon schlecht genug war, hat sich nach dem Ruhrbruch in der unheilvollsten Weise verschlechtert. In rascher Folge stieg der Dollar von 10 000 Mark auf über 50 000 Mark bis Ende Januar. Eine Stützungsaktion der Reichsregierung für die Mark hatte nur vorübergehenden Erfolg und beschleunigte nachher deren Sturz umsomehr. Im Juli hatte die Mark noch etwa den fünfzigtausendsten Teil ihres Friedenswertes. Damit wuchsen die Kosten der Lebenshaltung in Deutschland in nie gekanntem Maße. Zu den Bevölkerungsschichten, die außerstande waren, ihre Einnahmen der rasenden Geldentwertung anzupassen, gehörte auch der größte Teil unserer babilischen Landwirtschaft. Mit der katastrophalen Geldentwertung schrumpfte der Erlös aus der letzten Ernte, deren Ergebnis fast durchweg bald zum Verkauf gebracht worden war, schier in ein Nichts zusammen. Gleichzeitig stiegen die Kosten der Lebenshaltung und die Preise für die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel immer mehr, sodaß dem Landwirt in vielen Fällen die Möglichkeit genommen war,

die gerobezu unerschwinglich gewordenen Kosten der Neubestellung zu bestreiten. In zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben hat diese Krisis recht bedenkliche Formen angenommen. Im höchsten Maße der Teuerung preisgegeben waren natürlich die Kleinrentner, denen jede Möglichkeit fehlte, noch ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu fristen, soweit sie nicht von gutherzigen Mitmenschen oder behördlicherseits in wirksamer Weise unterstützt wurden. Viele sind Hungers gestorben, manche haben ihrem Leben selbst ein Ende gemacht. Daß die große Masse des deutschen Volkes, die Millionen von Arbeitern, Angestellten und Beamten, ebenfalls ihre Bezüge nicht der Teuerung anzupassen vermochten, ist erklärlich. Es wuchsen daher die Bestrebungen, die darauf hinielten, Löhne und Gehälter in ein gewisses gerechtes Verhältnis zur Geldbewertung zu bringen und führten im Juli des verfloßenen Jahres zum Abschluß der ersten Tarifverträge mit sogenannten wertbeständigen Bezügen. Noch vieles ließe sich sagen über die Not der Kinder, der Alten, der freien Berufe, denen in vielen Fällen auch das Allernotwendigste zum Leben fehlte. Fürwahr, die Schöpfer des Friedens von Versailles und die herzlosen französischen Staatsmänner, die über die Grenzen des Vertrags hinaus das deutsche Volk marterten, haben ein Elend über Deutschland heraufbeschworen, unter dem noch Generationen zu leiden haben werden.

Neben den Franzosen haben ihre ergebenen Vasallen in Polen dem deutschen Volke manch bittere Pille verabreicht. In ihrem Übermut ließen sie ihrem Deutschenhaß bei jeder Gelegenheit die Fägel schiefen. Während vor der Teilung ganz Oberschlesien unter ihrem Terror zu leiden hatte, waren nach der Abtretung einzelner Teile des Landes unsere zu Polen gekommenen deutschen Brüder allein die Opfer erbärmlichster Bedrückung. Systematisch wurde die Entdeutschung der ehemals deutschen Pro-

vinzen von den polnischen Behörden betrieben und manche deutsche Ansiedlerfamilie mußte, um die Früchte jahrzehntelanger Kultur- und Pionierarbeit betrogen, zwangsweise dem ungastlichen Lande den Rücken kehren. Auch die mit den Polen in ewigem Haß lebenden Litauer haben im Nordosten des Reiches auf unsere Kosten eine Doktor-Eisenbart-Kur vorgenommen. Das Memelland, das durch den Versailles Vertrag von Deutschland abgetrennt wurde und seitdem unter dem „Schutz“ französischer Truppen stand, wurde über Nacht zum Tummelplatz litauischer Freischärler, die die französischen Truppen scheinbar überfielen und zur Kapitulation zwangen. Hierauf errichteten sie in dem urberutschen Ländchen eine neue Regierung, die alsbald eine Kundgebung erließ, worin sie ihren Beschluß kundtat, das Land der litauischen Republik anzuschließen. Nach außen hin widersetzten sich zwar die Pariser Herren zunächst den Forderungen der Freischärler, die den Abzug der französischen Truppen verlangten, doch gar bald hieß es, daß die Votschasterkonferenz die neue Lage anerkenne und sich mit dem Anschluß des Memellandes an Litauen einverstanden erklären könne. Die französischen Truppen verließen darauf stillschweigend das Land mit der Genugung, dem deutschen Volke wieder einen wirksamen Schlag versetzt zu haben. Da auch die Tschecho-Slowakei für Deutschland keineswegs freundschaftliche Gefühle hegt, wovon unsere dort wohnenden Landsleute manch trauriges Kapitel zu erzählen wissen, so sehen wir, daß wir, abgesehen von einigen neutralen Ländern, die auch im Krieg noch für Deutschland etwas übrig hatten, heute noch wie ehemals, trotz einer Serie von Friedensverträgen, rings von bösen Nachbarn umgeben sind, die uns das Leben so lauer wie möglich machen werden, so lange Deutschland ohnmächtig am Boden liegt und sich im Innern selbst zerfleischt.

-i ch-

Totenchronik.

Auch im Jahre 1923 hat der unerbittliche Tod aus den Reihen unserer großen Bauern-Vereins-Organisation seinen Tribut gefordert. Neben einer Reihe von Ortsvorständen, die zum Teil in der Blüte der Jahre den irdischen Kampfplatz verlassen mußten, wurde dem Verein auch wieder ein Hauptvorstandsmitglied durch den Tod entzissen.

Landgerichtspräsident a. D.

Franz Josef Gießler,

der Vorsitzende unserer Rechtsschutzkommission, ist am 7. April in Lenzkirch, wohin er sich nach seiner drei Jahre zuvor erfolgten Pensionierung zurückgezogen hatte, im Alter von 68½ Jahren gestorben. Der Verbliebene hat sich als Vorsitzender der Rechtsschutzkommission, zu dem ihn die führenden Männer unseres Vereins vor mehr als 20 Jahren machten, außerordentlich große Verdienste um den Bauern-Verein erworben. Seine vorzügliche Begabung, seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen, zu denen sich ein unermüdlicher Schaffensgeist gesellte, kamen dem Verein allezeit gut zu statten. Nur wer die Bedeutung unseres Rechtsschutzes kennt, kann sich einen Begriff davon machen, welche Fülle von Arbeit und welchen Zeitaufwand die Bearbeitung von mehr als

12 000 Prozessen, die in den letzten 20 Jahren durch den Verein für unsere Mitglieder geführt wurden, erfordert. Im Hauptvorstand unseres Vereins, dessen Sitzungen der Verstorbene selbst in den letzten Jahren noch anwohnte, als bereits ein schweres Leiden seine Gesundheit erschütterte, nahm er stets mit großem Interesse an der Beratung der wirtschaftlichen Fragen teil und sein erfabrenes Urteil leistete der Vereinsleitung allezeit schätzenswerte Dienste. In den Anfangsjahren des Vereins war Gießler auch Redakteur des Vereinsblattes und des Vereinskalenders, in welchem nun heute noch einmal des verdienstvollen Mannes gedacht werden soll, der dem Bauernstand, aus dem er hervorgegangen war, immerdar ein warmes Interesse bewahrte. Daß Gießler neben der umfangreichen beruflichen Tätigkeit noch Zeit fand, dem Bauern-Verein und den verschiedensten öffentlichen Angelegenheiten im Dienste der Allgemeinheit seine Aufmerksamkeit und seine hervorragende Arbeitskraft zu widmen, beweist, daß er ein Mann war, dem der Dienst am Volke über alles ging. Der Badische Bauern-Verein, dem er trotz zerrütteter Gesundheit bis zum Tode in treuer Pflichterfüllung zur Seite stand, wird des Verstorbenen stets in Dankbarkeit gedenken.

Er ruhe im Frieden!

Alte
Kalender
und
Orga
1922.
61 B
Mitgli
bezirk
besser
breitur
Stand
lung i
als de
die K
organi
verschi
ren A
öffentl
Bauer
siebt d
teresse
schafts
r e h t
nur e
Bauer
nahme
Kardin
gemein
frage
Berlan
nahme
Wirtsch
wirtsch
z. B.
für da
Verein
geführt
Getreid
Stand
vernid
brandt
des F
bildung
Einma
bildung
nen G
artikel
bekäm
diktate
lichen
und g
unsere
Mono
wirtsch
Preis
wirtsch
Bauer
berer